**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band:** 39 (1960)

Heft: 1

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

**Autor:** Fabian, Walter

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

päische Wirtschaftszusammenarbeit) an die Hand genommen werden, um auch die Mit- und Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Kanadas zu gewährleisten. Eine Kommission wird die Frage der Koordination der Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer zu prüfen haben. Im Anschluß an die westliche Wirtschaftskonferenz wird, ebenfalls in Paris, der Ministerrat der OECE-Staaten zusammentreten. – Das Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird durch die Entlassung des bisherigen Finanzministers der Fünften Republik, Antoine Pinay, zusätzlich erschwert, obwohl vom Nachfolger Pinays, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Wilfried Baumgartner, gesagt wird, er vertrete denselben Kurs wie sein Amtsvorgänger. – Pinay will sich in die Einsamkeit zurückziehen, wo er auf die Stunde seiner politischen Wiederkehr zu warten gedenkt. Frankreich scheint an Leuten mit einem ausgeprägten politischen Sendungsbewußtsein keinen Mangel zu leiden.

## Blick in die Zeitschriften

Über die chronische Wirtschaftskrise der Türkei äußert sich sehr interessant Prof. Dr. Fritz Baade, der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, in der «Welt», Nr. 248. Er konstatiert «Strukturschwächen von erschreckendem Ausmaß» und kommt dabei zunächst auf die katastrophalen Verhältnisse in der Landwirtschaft zu sprechen, die er selbst kürzlich als Leiter einer Mission der FAO, der Organisation der UNO für Ernährung und Landwirtschaft, an Ort und Stelle studieren konnte. Der von Prof. Baade ausgearbeitete Bericht stellt fest, daß die türkische Wirtschaft in ihren Fundamenten krank sei. Er hebt dabei folgende Punkte hervor:

- 1. Die Nahrungsproduktion wächst langsamer als die Bevölkerung. Die UNO schätzt, daß die Türkei 1975 eine Bevölkerung von rund 40 Millionen Menschen haben wird.
- 2. In dem nicht bewässerten Teil der türkischen Landwirtschaft bestehen keinerlei Reserven an kultivierbarem Boden; ganz im Gegenteil: Wasser- und Winderosion haben ein so katastrophales Ausmaß angenommen, daß von 24 Millionen Hektar gepflügten Landes etwa vier Millionen Hektar wieder aus der Ackerkultur herausgenommen und in Weide oder Wald verwandelt werden müssen.
- 3. Die Weiden sind von Schafen und Ziegen in einem solchen Ausmaß überbeweidet, daß ihr Pflanzenbestand sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Um die Produktivkraft der Weiden wiederherzustellen, muß die Zahl der Weidetiere schätzungsweise um einen Drittel reduziert werden.
- 4. Die entscheidende Produktionsreserve der Türkei liegt in der Bewässerungswirtschaft. Die Türkei braucht völlige Zähmung der Flüsse durch Mehrzweckanlagen, die gleichzeitig Bewässerungswasser, Hochwasserschutz und elektrische Kraft liefern. Notwendig ist weiter Anleitung der Landwirte in moderner Bewässerungstechnik. In den

nächsten zehn Jahren muß die Bewässerungsfläche um 2,5 Millionen Hektar erweitert werden, um die Bevölkerung ernähren und die für den Ausgleich der Zahlungsbilanz erforderlichen Exportgüter produzieren zu können.

5. Ein solches Programm ist ungemein kostspielig; es macht jährliche Investitionen von etwa 250 Millionen Dollar für die Bewässerung und dazu weitere 100 Millionen Dollar in der Erosionsbekämpfung und in der Rettung der Wälder erforderlich.

Prof. Baade stellt dann fest, daß ein solches Programm nur finanziert werden kann, wenn bei den Staatsausgaben der Türkei Investitionszwecke die Priorität erhalten, wenn ferner die brachliegende Arbeitskraft in den türkischen Dörfern mobilisiert wird (Millionen Menschen arbeiten nur wenige Monate im Jahr) und wenn schließlich eine auf lange Jahre geplante großzügige Auslandshilfe einsetzt. Im Anschluß daran äußert sich Prof. Baade über die viel zu hohen Militärausgaben, mit denen die Türkei, wie so viele andere Staaten, überbelastet ist:

«Damit stoßen wir auf ein Kernproblem der türkischen Wirtschaft. Die Türkei ist mit Ausgaben der Verteidigung in einem solchen Maße überbürdet, daß sie niemals in Ordnung kommen kann, wenn diese Bürde nicht in entscheidender Weise vermindert wird. Aus einem Staatshaushalt in der Größenordnung von einer Milliarde Dollar unterhält die Türkei eine Armee von 23 Divisionen... Der Weg zur Heilung der wirtschaftlichen Schwäche der Türkei ist damit völlig klar. Es gibt nicht nur einen, sondern zwei Wege. Der eine besteht in einer massiven langjährigen Unterstützung der Türkei durch ihre Verbündeten. Der andere Weg besteht darin, daß die Türkei ihre Armee radikal abbaut oder vielmehr eine bewaffnete Armee in eine Arbeitsarmee des Friedens verwandelt. Eine Arbeitsarmee von 23 Divisionen in der Türkei: angesichts dieser Vorstellung gibt es keine Investitionsprobleme, die unlösbar sind.»

\*

Die antisemitischen Demonstrationen, die am 24. Dezember 1959 mit der Schändung der Kölner Synagoge begannen, und ihre Hintergründe und tieferen Zusammenhänge sind in einer langen Reihe von Aufsätzen in der deutschen und schweizerischen Presse analysiert worden. Es lohnt sich, einige besonders treffende Feststellungen und Schlußfolgerungen zu zitieren.

Paul Sethe kommt in einem Aufsatz «Sind die Deutschen so?» («Die Welt», Hamburg, 5. Januar 1960) zu folgendem Ergebnis:

«Die Behörden werden die Wahrheit feststellen. Schon jetzt aber möchten wir auf die Gefahr aufmerksam machen, die mit der These von der einheitlich gesteuerten Aktion zusammenhängt. Ihre Verbreitung könnte dazu führen, daß sich viele Kreise beruhigen in dem Gefühl, hier sei eine kleine Verschwörerschar am Werke, die zu überwältigen Sache der Polizei sei. Darüber hinaus gehe uns das Ganze nichts mehr an. Wir dürfen unsere Augen nicht vor der ernsten Tatsache verschließen, daß die jüngsten Vorfälle ein gewisses geistiges Versagen sichtbar gemacht haben. Wenn wir uns alle, jeder in seinem Kreise, darum bemüht hätten, die Vergangenheit so zu bewältigen, wie sie allein bewältigt werden kann, nämlich durch das Aussprechen der Wahrheit, so hätte es keine Synagogenschändung gegeben. Auch jeder Versuch zu einer zentral gesteuerten Aktion wäre ins Leere gegangen. Wir sollten nicht aufhören, uns zu prüfen, ob wir die Wahrheit über das Vergangene immer da aussprechen, wo es notwendig ist, bei unseren Gesprächspartnern, in der Schule und nicht zuletzt bei unseren eigenen Kindern.»

Gegen die Forderung, die Deutschen sollten endlich ihrer Vergangenheit «unbefangen» gegenübertreten, wendet sich *Dolf Sternberger* in einem Aufsatz, den er «Lehmanns Unbefangenheit» überschreibt («Frankfurter Allgemeine Zeitung», 4. Januar 1960). Wir zitieren:

«Lehmann – so wollen wir hier einen Deutschen in den besten Mannesjahren nennen, der in auskömmlichen Verhältnissen lebt und über ein nützliches Maß an Intelligenz verfügt –, Lehmann also steht auf dem Standpunkt, es sei jetzt genug von Schuld und Untaten geredet . . . Er will, daß wir alle es dahin bringen, von Adolf Hitler und seiner Herrschaft, von seinen Konzentrationslagern, seinen Gaskammern, seiner Sonderbehandlung, seiner Endlösung, seinem Krieg und seinem – unserem – Untergang mit gelassener Miene, ohne Zorn und Eifer und also mit Unbefangenheit zu reden. Ihm schwebt eine rein historische Betrachtungsweise vor . . . Bewältigt – meint er nämlich – sei die Vergangenheit eben dann, wenn sie in das "objektive" Einerlei der Geschichte eingefügt und eingesunken sei, wenn sie in der endlosen und teilnahmslosen Erzählung von der argen Welt verschwände, worin es doch von je nicht anders zugegangen sei . . .

Lehmann sucht uns und sich selber einzureden, Hitler sei gar nichts Außergewöhnliches. Weil es auch sonst noch eine Menge Despoten, Tyrannen, Mutwillen, Mord, auch Massenmord in der Weltgeschichte gegeben habe, so brauche man sich auch über diesen Tyrannen und seine Untaten nicht länger aufzuhalten...

Selbst wenn alle Wunden geheilt und alle Erfahrungen vergilbt wären, so würde, so dürfte doch noch immer die erhabene Geschichtsbetrachtung nicht eintreten, welche unser Lehmann als "Unbefangenheit" anpreist. Eine solche "objektive" Historie kann es darum nicht geben, weil die Geschichte, auch die wissenschaftliche, von Subjekten handelt und weil wir selber diese Subjekte sind. Die Geschichte ist nicht das Gras, das über Tun und Leiden wächst, sondern sie ist dieses Tun und Leiden selber. Darum kann auch die Schuld daraus nicht verschwinden... Dem entfernteren Betrachter mag vergangene Schuld gleichgültig oder unauffindbar werden; aber es macht nicht den Ruhm, sondern eher eine Schwäche historischer Erkenntnisse aus, wenn ihr dies entgeht. Die großen Geschichtsschreiber haben sich übrigens des moralischen Urteils keineswegs enthalten; und von Caligula und Nero läßt sich bis auf unsere Tage nicht mit derjenigen Unbefangenheit reden, die unser verständiger und kenntnisreicher Lehmann uns für die Betrachtung Hitlers anempfiehlt. Nicht minder grell sind kollektive Schändlichkeiten wie Hexenverfolgung oder Sklavenhandel im Gedächtnis der Menschheit aufgeschrieben. Auch im Zustande des Historischen entgehen wir unserem Verhängnis nicht. Wir bleiben darin befangen.»

Als «Quittung für die Bonner Lässigkeit» bezeichnet die «National-Zeitung» (Basel, 6. Januar 1960, Nr. 7) in ihrem Leitartikel die Hakenkreuzseuche:

«Es ist klar, daß die mancherlei ehemaligen Parteinutznießer und Leisetreter unter den westdeutschen Durchschnittsbürgern, die dabei mitgeholfen haben, die Flucht solcher Leute, wie des Offenburger Lehrers Zind und des ärztlichen Buchenwalder Lagermörders Dr. Eisele – übrigens unter den Augen der schläfrigen westdeutschen Polizei –, einzufädeln und listig durchzuführen, auch jederzeit bereit sein würden, Weisungen und geheime Aufträge solcher alter Parteigenossen weiterzugeben, selbst wenn sie auf Grabschändungen in jüdischen Friedhöfen lauten... Die westdeutsche Polizei, und vor allem der stark hitlerbelastete Richterstand, haben diese Zustände nicht sehen wollen und zahlten nun dafür mit der Blamage ihrer Ratlosigkeit gegenüber dem Schmierskandal und seinen Ursprüngen. Daß aber gerade auch junge Menschen zu solchen Dingen sich mißbrauchen lassen und also offenbar gar nicht wissen, was an Ungeheuerlichkeiten von Hitler und seinen Helfershelfern verschuldet wurde, ist eine Folge des gefühlsstumpfen Verschweigenwollens im ganzen Volke, namentlich der Eltern und Lehrer. Schließlich war viele Jahre hindurch als einzige Stimme, die immer wieder mutig, bei aller Liebe zum eigenen Volk, an diese unbequemen Wahrheiten erinnerte, das aufrechte Wort des früheren Bundespräsidenten Dr. Heuß zu hören.»

«Der Bund» (Bern, 6. Januar 1960, Nr. 7) beklagt «das große Tabu» und sagt dazu unter anderem: «Auch in den Schulen gibt so mancher Lehrer mehr oder weniger deut-

lich die Anschauungen des Dritten Reiches wieder. Die demokratischen Lehrer, von rühmlichen, doch relativ wenigen Ausnahmen abgesehen, üben in allem, was die neuere deutsche Geschichte anbetrifft, äußerste Zurückhaltung, weil sie befürchten, mit den Eltern in Konflikt zu geraten. Denn viele von diesen wünschen nicht, daß in der Schule über den Nationalsozialismus gesprochen wird, weil sie in Verlegenheit geraten, wenn ihre Kinder sie nach ihrem damaligen Verhalten fragen. Das Dritte Reich ist in den meisten Elternhäusern ein großes Tabu.»

Zur Überwindung dieses Mißstandes machen die «Nürnberger Nachrichten» (10. Januar 1960) konkrete Vorschläge: «1. Gegenwartsnahe Lehre an den Universitäten und den pädagogischen Hochschulen. Dabei dürfte, wenn es aus zeitlichen Gründen und aus Gründen der Arbeitsbelastung nicht anders zu machen wäre, durchaus ein Quantum Historismus über Bord gehen: wenn einmal die Studienreferendare und Junglehrer über das Dritte Reich so gut Bescheid wissen wie über das mittelalterliche Lehenswesen oder die Geschichte der Pädagogik, dann hat eine neue Epoche der Lehrerausbildung begonnen. – 2. Dementsprechende Umorientierung der Arbeit an den Seminaren. – 3. Vor allem aber genügend Zeit für den Lehrer und Studienrat, der in der Lage sein muß, sich auf den schwierigen Unterricht in Zeitgeschichte gründlich vorzubereiten.»

Die «Frankfurter Hefte» veröffentlichen in Heft 12 ihres 14. Jahrgangs unter dem Titel «Die Entchristlichung der Arbeitswelt» eine eindrückliche Dokumentation «zum Abschluß des Apostolats der französischen Arbeiterpriester». Im gleichen Heft setzt sich Ruth Fischer am Beispiel Ernst Niekischs mit dem National-Bolschewismus auseinander, untersucht Eugen Kogon die Rolle der Intelligenz und analysiert Gerhard Brandt ökonomisch und politisch den «Mythos des Mittelstandes».

Die Vierteljahrsschrift «Eckart» bringt in Heft 4 ihres 28. Jahrgangs wiederum eine Reihe lesenswerter Beiträge, so «Der Mensch und die Kybernetik» (Bruno Pohl), «Der Wandel des Amerikabildes seit Upton Sinclair» (Hans Schuster), «Jugendprobleme in USA» (Karl O. Paetel) und «Schulreform als geistige Gesamtkonzeption» (Ortrud Stumpfe).

«Geist und Tat» bringt in Heft 12 des 14. Jahrgangs eine ungewöhnlich tiefschürfende Auseinandersetzung von Prof. D. Iwand mit einigen seiner Kritiker zum Begriff des «Rechts auf Heimat»; Iwands Antwort an einen Gerichtsreferendar Fritjof Berg wird zu einer unerbittlichen Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. Zur Ergänzung lese man in Heft 12 des 20. Jahrgangs der Zeitschrift «Junge Kirche» weitere Briefe an Prof. Iwand und dessen Antworten.

Die «Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte» veröffentlichen im 4. Heft ihres 7. Jahrgangs einen dokumentarisch wichtigen Beitrag zur Geschichte der linken Widerstandsgruppe «Die roten Kämpfer».

Die seit Anfang 1959 erscheinende Zeitschrift «Deutsche Gesundheitspolitik» beweist mit ihrem Heft 6 überzeugend ihren vielseitig interessanten Inhalt. Rolf Wagenführ untersucht unter Verwendung zahlreicher Tabellen «Das Gesundheitswesen der Welt in Zahlen», Ewald Gerfeldt schreibt über «Die Geriatrie in der Gesundheitspolitik», Heinz Kluth untersucht den soziologischen Begriff «Diè da oben». Berichte, Texte von Gesetzen und Entscheidungen, Statistiken, Presseauszüge und Buchbesprechungen ergänzen das Heft.

Günter Pehl hat im Dezemberheft 1959 der «Wirtschaftswissenschaftlichen Mitteilungen» des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der westdeutschen Gewerkschaften (Köln) eine sehr gründliche, reich dokumentierte Untersuchung über «Die indirekte Steuerbelastung von Arbeitnehmerhaushalten im Jahre 1958» veröffentlicht.

Walter Fabian